

Hintergrund

„Habe gerade Besseres zu tun“: Die CDU, TTIP und die Wahrheit

Berlin, 8. Oktober 2015. Die Verbraucherorganisation foodwatch hat Aussagen aus CDU-Broschüren und von einzelnen CDU-Vertretern zu TTIP einem Faktencheck unterzogen. Es folgt lediglich eine Auswahl der in öffentlichen Quellen auffindbaren Fehlinformationen über das geplante transatlantische Abkommen.

Alle Zitate sind auf Partei- oder Fraktionsseiten aktuell im Internet abrufbar – selbst wenn manche der Aussagen bereits einige Monate zurückliegen, dienen sie also bis heute Bürgerinnen und Bürgern zur (Fehl-)Information über TTIP. foodwatch fordert daher eine Richtigstellung.

1. Manipulative Job-Versprechen

1.1

CDU-Aussage: „So erwartet beispielsweise eine Studie der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem ifo-Institut 2.000.000 neue Arbeitsplätze in den OECD-Ländern.“ – Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, am 17.11.2014 in einer Antwort auf eine Bürgeranfrage auf abgeordnetenwatch.de (Quelle: <http://tinyurl.com/ordybyd>)

Richtig ist: Da noch niemand weiß, wie TTIP genau ausgestaltet wird, arbeiten alle Studien mit spekulativen Annahmen, um eine Grundlage für ökonomische Berechnungen zu haben. Die genannten 2 Millionen zusätzlichen Jobs nennt das ifo-Institut lediglich in einem Best-Case-Szenario als möglich – unter anderen Annahmen hat es erheblich niedrigere Jobeffekte berechnet, die Grosse-Brömer verschweigt (Quelle ifo-Studie: <http://tinyurl.com/pmg8j96>, S. 41). Ebenso wie die Tatsache, dass die Studie selbst bei TTIP-Befürwortern äußerst umstritten ist. Bereits 2013 kritisierte die Europäische Kommission die berechneten Effekte als „unrealistisch hoch“ (Quelle: <http://tinyurl.com/os4v8hp>, S. 12).

1.2

CDU-Aussage: „Die Schätzungen über zusätzliche Arbeitsplätze [durch TTIP; Anmerkung foodwatch] in der EU reichen von 400.000 bis 1,3 Millionen“. – Aus einer CDU-Parteibroschüre, Stand Juli 2014 (Quelle: <http://tinyurl.com/q4sr7cy>).

Richtig ist: In den hier zugrunde gelegten beiden Studien des Münchener ifo-Instituts für die Bertelsmann-Stiftung und für das Bundeswirtschaftsministerium reichen die Schätzungen von EU-weit gerade einmal rund 12.000 (!) bis etwa 1,3 Millionen zusätzlichen Jobs. Schon 400.000 Jobs – in der CDU-Darstellung als Untergrenze erwähnt – hält das ifo-Institut nur dann für erreichbar, wenn ein „sehr optimistisches Szenario, welches erhebliche Unsicherheiten involviert“, einträte. (Quellen: ifo-Studie für das BMWi: <http://bit.ly/1E57Lpc> S. 93+100; ifo für Bertelsmann-Stiftung: <http://tinyurl.com/pmg8j96>, S. 41)

1.3

CDU-Aussage: „Es geht um 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze, die wir gerade in den Krisenländern Europas dringend benötigen und die dort Wohlstand und Beschäftigung schaffen.“ – Der CDU-Bundestagsabgeordnete Joachim Pfeiffer am 22.5.2014 in einer Rede im Deutschen Bundestag (Quelle: <http://tinyurl.com/p8s95o6>).

Richtig ist: Joachim Pfeiffer bezieht sich hier offenbar auf die Studie des ifo-Instituts für das Bundeswirtschaftsministerium (Quelle: <http://bit.ly/1E57Lpc>, u.a. S. 100). Diese Studie hält – je nach Annahmen für die Ausgestaltung von TTIP – jedoch auch erheblich kleinere Job-Effekte für denkbar, nämlich nur rund 12.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der EU. Rund 400.000 Jobs stellen also lediglich das Best-Case-Szenario der Studie dar. Zudem ist es unzulässig, die naturgemäß auf Basis spekulativer Annahmen durchgeführten Schätzungen wie Fakten zu präsentieren.

2. Aufgeblasene Wachstumseffekte

2.1

CDU-Aussage: „Einer aktuellen Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zufolge würde das Transatlantische Handelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) zu mehr Wohlstand führen, als bisher angenommen. [...] In ihrer Studie geht die INSM auch von einer Steigerung des EU-Bruttoinlandproduktes über 119 Milliarden Euro aus...“ – Michael Grosse-Brömer, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, in seinem „Brief aus Berlin“ vom 6. März 2015 (Quelle: <http://tinyurl.com/orh46o3>, S. 2).

Richtig ist: Es gibt überhaupt keine solche Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Die Zahl von 119 Milliarden Euro stammt aus einer Studie im Auftrag der Europäischen Kommission und wird von Grosse-Brömer zudem inhaltlich verzerrt wiedergegeben (siehe dazu die folgenden Zitate). Schon die INSM hatte die Studienergebnisse falsch wiedergegeben und so die möglichen Effekte von TTIP erheblich größer gemacht, als sie der Untersuchung des Instituts CEPR im Auftrag der Europäischen Kommission zufolge sein könnten. Ergebnis: Die INSM musste ihre Darstellung korrigieren (siehe <http://tinyurl.com/nwbzr8z>). Ebenfalls zur Korrektur der nachweislich falschen Angabe aufgefordert, antwortete Grosse-Brömer im Oktober 2015 auf twitter:

„Habe gerade besseres zu tun, als auf wenig überzeugende und falsche Behauptungen einzugehen.“ (Quelle: <http://tinyurl.com/pjtkdbk>)

2.2

CDU-Aussage: „Schätzungen gehen davon aus, dass das transatlantische Freihandelsabkommen einen **jährlichen Wachstumsimpuls** von 119 Mrd. Euro auf europäischer und 95 Mrd. Euro auf amerikanischer Seite bringt.“ – Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl am 23.5.2014 in einer Antwort auf eine Bürgeranfrage auf abgeordnetenwatch.de (Quelle: <http://tinyurl.com/okone2n>).

CDU-Aussage: „Allein bei TTIP gehen Schätzungen von einem **jährlichen zusätzlichen Wachstum** von 119 Milliarden Euro auf europäischer und 95 Milliarden Euro auf amerikanischer Seite aus.“ – Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Joachim Pfeiffer, in einer Fraktionsbroschüre von September 2014 (Quelle: <http://tinyurl.com/pl5rlsa>).

CDU-Aussage: „**Erwartet** werden unter anderem Wachstumsimpulse von 119 Milliarden Euro auf europäischer Seite“. – Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Joachim Pfeiffer, am 21. Februar 2014 in einer Antwort auf eine Bürgeranfrage auf abgeordnetenwatch.de (Quelle: <http://tinyurl.com/nkpczgn>).

CDU-Aussage: „Eine im Auftrag der EU-Kommission erstellte Studie schätzt den **Wachstumsimpuls** durch TTIP für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zehn Jahre nach Abschluss eines umfassenden Abkommens auf rund 119 Milliarden Euro **pro Jahr** (d.h. ein Wachstumseffekt von 0,5 Prozent) auf europäischer Seite...“. – Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Joachim Pfeiffer, in einem Informationsschreiben vom 8. Juni 2015 (Quelle: <http://tinyurl.com/q3yeto8>)

CDU-Aussage: „Ein solches Abkommen führt zu **mehr Wachstum** in einer Größenordnung von **pro Jahr** 120 Milliarden Euro in Europa...“. – Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Joachim Pfeiffer, in einer Rede im Deutschen Bundestag am 22.5.2014 (Quelle: <http://tinyurl.com/p8s95o6>).

CDU-Aussage: „Studien zufolge könnte die Wirtschaft der EU durch das Abkommen **jährlich zusätzlich** um 0,5% **wachsen** (das entspräche 120 Milliarden Euro **pro Jahr**).“ – Die Europaabgeordnete Elisabeth Jeggler im Februar 2014 in einem Mitteilungsmagazin des CDU-Kreisverbands Biberach (Quelle: <http://tinyurl.com/o3qxf6v>).

CDU-Aussage: „Die Volkswirtschaft der EU könnte hierdurch [durch TTIP; Anmerkung foodwatch] **pro Jahr** um 119 Milliarden Euro **stärker wachsen** als bisher.“ – Der Europaabgeordnete Andreas Schwab am 9.3.2015 in einer Antwort auf eine Bürgeranfrage auf abgeordnetenwatch.de (Quelle: <http://tinyurl.com/lx479nm>)

[alle **Hervorhebungen** durch foodwatch]

Richtig ist: Die genannten Zahlen beziehen sich auf eine Studie des Instituts CEPR im Auftrag der Europäischen Kommission (Quelle: <http://bit.ly/1cuYFUG>, Tabelle S. 3), die unter spekulativen Annahmen für die Ausgestaltung des Abkommens ökonomische Berechnungen für mehrere TTIP-Szenarien anstellt. Je nach Annahme fällt das Ergebnis sehr unterschiedlich aus. Die in den Zitaten genannten Impulse (vor allem die „119“ bzw. gerundet „120 Milliarden Euro“) werden in der Studie sicher nicht „erwartet“ und erst recht nicht „pro Jahr“ oder im Sinne eines „jährlichen zusätzlichen“ Wachstums.

Vielmehr erachtet es die Studie für möglich, dass das Bruttoinlandsprodukt der EU im Jahre 2027(!!!) um 68 bis 119 Milliarden Euro höher liegen könnte als ohne TTIP. Die in den Zitaten herausgepickten 119 Milliarden sind also nur im besten in der Studie angenommenen Falle möglich – und wären auch erst zehn Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens in dieser Höhe realisiert. Und zwar insgesamt: Die zusätzlichen Wachstumseffekte „pro Jahr“ wären demnach also erheblich kleiner.

Weil es aber schwierig ist, eine Euro-Angabe in Preisen von übermorgen richtig zu verstehen, raten die Studienautoren ausdrücklich zur Angabe des prozentualen Wertes:

Demnach läge das europäische BIP nach zehn Jahren um 0,5 Prozent höher als ohne TTIP. Vereinfacht gesagt betrüge das durch TTIP zusätzlich entstehende BIP-Wachstum vereinfacht nur rund 0,05 Prozentpunkte pro Jahr. Und das wohlgermerkt im besten Fall, den sich die Studienautoren ausgedacht haben.

Wer – wie in vielen der genannten Zitate geschehen – einen möglicherweise nach zehn Jahren erreichten Gesamteffekt als jährliches Zusatzwachstum darstellt, der macht die möglichen Wachstumseffekte um den Faktor 10 größer als in der Originalquelle.

Mehrere Wirtschaftsverbände hatten genau dies ebenfalls getan – nach einer Aufforderung durch foodwatch korrigierten sie. Auch der CDU-Politiker und Bundestagspräsident Norbert Lammert berichtete seine Darstellung nach einem Hinweis von foodwatch (siehe <http://tinyurl.com/nnmswy8>). Die hier genannten Zitate dagegen sind unverändert veröffentlicht.